



Makroausblick 2026

Volkswirtschaft

Jan — Feb — Mär — **Apr** — Mai — Jun — Jul — Aug — Sep — Okt — Nov — Dez

Wichtige Informationen und Hinweise

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei dieser Information und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebene Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die zukünftige Wertentwicklung eines Investments unterliegt unter Umständen der Besteuerung, die von der persönlichen Situation des Anlegers abhängig ist und sich zukünftig ändern kann. Renditen von Anlagen in Fremdwährung können aufgrund von Währungsschwankungen steigen oder sinken. Mit dem Kauf, dem Halten, dem Umtausch oder dem Verkauf eines Finanzinstruments sowie der Inanspruchnahme oder Kündigung einer Wertpapierdienstleistung können Kosten entstehen, welche sich auf die erwarteten Erträge auswirken. Bei einem Fondsinvestment werden stets Anteile an einem Investmentfonds erworben, nicht jedoch ein bestimmter Basiswert (z.B. Aktien an einem Unternehmen), der vom jeweiligen Fonds gehalten wird. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Wichtige Hinweise und Informationen zu Index- und Marktdaten finden Sie unter <https://www.berenberg.de/rechtliche-hinweise/lizenzhinweise/>. Wir weisen darauf hin, dass frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung sind und dass Depotkosten entstehen können, die die Wertentwicklung mindern. Zur Erklärung verwandter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung. Das in dieser Unterlage verwendete Bildmaterial dient ausschließlich zu illustrativen Zwecken. Es stellt keinen Bezug zu spezifischen Produkten, Dienstleistungen, Personen oder tatsächlichen Situationen her und ist nicht als Grundlage für Entscheidungen oder Handlungen zu verstehen.

Datum 27.04.2026

Das große Bild



Konjunktur und Wachstum: Je länger der Iran-Krieg andauert, desto stärker steigen die Energiepreise und die Inflationserwartungen, während sich die Konjunkturaussichten weiter eintrüben. Sollte der Konflikt zeitnah beendet werden, wäre der wirtschaftliche Schaden schmerzhaft, aber verkraftbar. Sollte sich der Konflikt hingegen bis in den Sommer ziehen, wären die Konsequenzen deutlich gravierender. Wir rechnen derzeit jedoch damit, dass US-Präsident Trump kein Interesse an einem langen Krieg und steigenden Preisen daheim hat. Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2026 daher ein gemischtes Bild. Auf der einen Seite stehen zahlreiche wirtschaftliche, finanzielle und (geo-)politische Risiken. Auf der anderen Seite ist die Geldpolitik in vielen Teilen der Welt bisher noch expansiv und auch die Fiskalpolitik wirkt in Deutschland und den USA weiterhin stützend. Die US-Wirtschaft wird derzeit zudem von einem KI-Boom belebt. Mittelfristig werden die protektionistische Handelspolitik und die restriktive Einwanderungspolitik jedoch zu einem geringeren Trendwachstum in den USA führen. China kämpft derweil, zusätzlich zum Außenhandelsstreit, weiterhin mit Problemen im Immobiliensektor und einer Verunsicherung der Verbraucher. Der fiskal- und geldpolitische Stimulus hilft bedingt, löst aber nicht die langfristigen Probleme. Europa ist aufgrund des Krieges gerade dabei, in die Stagflation zu rutschen. Das Wachstum wird 2026 verhalten ausfallen. Ein Ende des Krieges, eine weiterhin lockere Geldpolitik und hohe Fiskalausgaben könnten in den nächsten zwei Jahren jedoch zu einer gewissen Belebung führen.



Inflation: Die steigenden Energiepreise aufgrund des Iran-Krieges werden die Inflation weltweit ansteigen lassen. Wie stark der Inflationsschock ausfällt und wie lange er anhält, hängt davon ab, wie lange die Energielieferungen aus dem Mittleren Osten gestört bleiben. Mittelfristig werden auf beiden Seiten des Atlantiks zudem strukturelle Gründe wie die demografische Entwicklung und Investitionen in Klimaneutralität den Inflationsdruck auf einem höheren Niveau halten. In der Eurozone kommt auch noch der deutliche Anstieg der Militärausgaben und das deutsche Fiskalpaket hinzu. Kurzfristig wird die Inflationsrate deutlich ansteigen und langfristig dürfte sie sich aufgrund struktureller Gründe bei etwa 2,5 % statt bei 2 % einpendeln.



Geldpolitik: Der Inflationsdruck wird es der Federal Reserve (Fed) voraussichtlich nicht erlauben, die Leitzinsspanne unter 3,25–3,50 % abzusenken während die Bank of England voraussichtlich die nächste Zinssenkung bis zum Ende des Jahres verschieben muss. Wir rechnen danach mit einer Absenkung des Leitzinses auf 3,00 % bis Mitte 2027. Für die Europäische Zentralbank (EZB) scheint es noch möglich zu sein, durch einen hoffentlich temporären Inflationsschock hindurchzuschauen. Je länger der Iran-Krieg jedoch andauert, desto größer wird die Gefahr, dass die EZB in diesem Jahr den Leitzins anheben muss.



Zinsen: Die Sorge um eine anziehende Inflationsrate aufgrund des Iran-Krieges hatten die Renditen von Staatsanleihen deutlich steigen lassen. Hoffnungen auf eine Deeskalation haben zuletzt aber wieder für eine gewisse Entspannung gesorgt. Angesichts der hohen Staatsausgaben sowie der strukturell höheren Inflation in Europa und den USA erwarten wir mittelfristig, dass die Renditen sogar noch etwas weiter steigen könnten.

Makroökonomischer Blick auf die Welt



Eurozone

Europa ist aufgrund des Krieges gerade dabei, in die Stagflation zu rutschen. Das Wachstum wird 2026 verhalten ausfallen. Die strukturellen Rückenwinde für die Eurozone bleiben jedoch tendenziell bestehen. Sobald der Krieg endet und sich die Energiemärkte erholen, wird auch das Wachstum wieder anziehen. Denn die Fiskalpolitik ist in weiten Teilen der Eurozone weiterhin expansiv, die Geldpolitik und der Arbeitsmarkt sind stabil. Sorgen wird hingegen auch langfristig die geringere Nachfrage aus den USA und China bereiten. Insgesamt erscheinen aber Wachstumswahrscheinlichkeiten oberhalb des Trends für die Jahre 2027 und 2028 möglich.



USA

Derzeit profitiert die US-Wirtschaft von einem KI-Boom. Mittelfristig werden jedoch höhere Einfuhrzölle, Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder und eine geringere Zuwanderung unter Trump das Trendwachstum in den USA schwächen. Das Haushaltsdefizit verharrt bei rund 6 % des BIP, während der Schuldenstand weiter rasant ansteigt. Die US-Notenbank befindet sich derzeit in einer schwierigen Lage: Zum einen machen sich die Zölle in Form von steigenden Preisen bemerkbar, zum anderen kühlt sich der Arbeitsmarkt mittlerweile etwas ab. Der anhaltende Inflationsdruck begrenzt den Spielraum für weitere Zinssenkungen der US-Notenbank.



Deutschland

Der Iran-Krieg und die damit einhergehenden steigenden Energiepreise belasten die deutsche Konjunktur stark. Das Wachstum kommt derzeit zum Erliegen. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung ihre Reformvorhaben vorantreibt. Der Handlungsbedarf ist groß. Das umfangreiche Fiskalpaket kommt derweil zunehmend in der Wirtschaft an, wird aktuell jedoch durch den Krieg im Iran überlagert. Sollte der Krieg enden, könnte es für Deutschland wieder bergauf gehen. Bis dahin sieht es aber nicht gut aus für die deutsche Konjunktur.



China

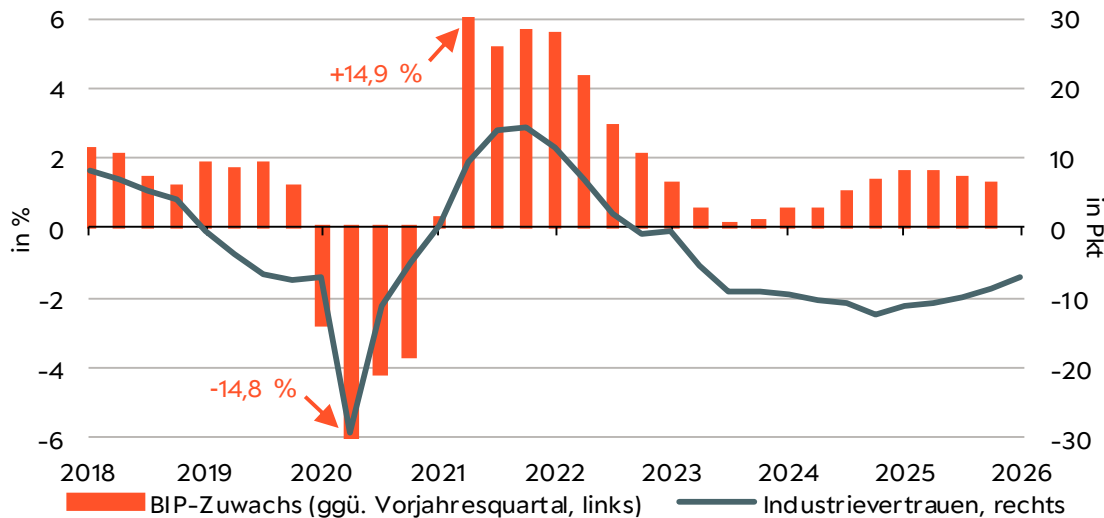
Auch 4 Jahre nach dem Platzen der Immobilienblase ist die chinesische Gesellschaft noch immer verunsichert. Dies belastet den privaten Verbrauch ebenso wie die Investitionen. Die Regierung versucht, mit Stimuli gegenzusteuern. Während die Binnennachfrage weiterhin schwach ist, versucht Peking bei den Exporten mit hohen Ausgaben Weltmarktanteile zu erkaufen. Die Maßnahmen helfen, die Wirtschaft zu stützen, doch ein deutlicher Aufschwung ist nicht zu erkennen. Auch für die kommenden Jahre ist mit für chinesische Verhältnisse niedrigen Wachstumsraten, die sich Richtung 4 % bewegen, zu rechnen.

Eurozone

Es riecht nach Stagflation

- Die anziehende Inflation belastet die Kaufkraft der Konsumenten und dämpft somit den Konsum. Staatliche Maßnahmen, um den Preisschock abzufedern, belasten hingegen die Haushalte der Mitgliedsstaaten.
- Die letzten Schiffe, die vor Kriegsbeginn den Persischen Golf mit Öl und Kraftstoffen verlassen haben, werden Europa bald erreicht haben. Je länger der Krieg andauert, desto wahrscheinlicher werden Versorgungsengpässe. Die Einkaufsmanagerindizes für den April deuten auf eine Phase der Stagflation hin. Das bedeutet: Es gibt kein Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig hoher Inflation. Ein Ende des Krieges, eine weiterhin lockere Geldpolitik und hohe Fiskalausgaben könnten in den nächsten zwei Jahren jedoch zu einer gewissen Belebung führen.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrier Vertrauen

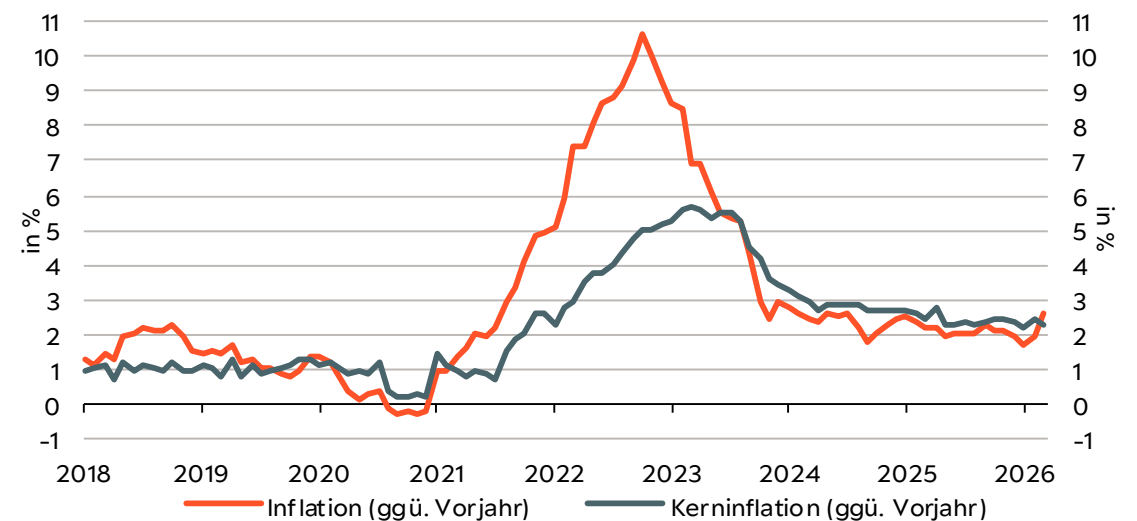


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

EZB wartet trotz Inflationsdrucks ab

- Zwar nimmt in der Eurozone aufgrund des Iran-Krieges und der damit einhergehenden steigenden Energiepreise der Inflationsdruck zu, doch die EZB zieht es derzeit vor, die Geldpolitik zunächst noch nicht zu straffen. Denn der Inflationsanstieg hält sich noch in Grenzen und die Daten, um die Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft der Eurozone abzuschätzen, sind bisher noch recht dünn.
- Die Währungshüter aus Frankfurt werden daher in ihrer Sitzung am 30. April den Leitzins unverändert lassen und die Lage dann bei der übernächsten Sitzung am 11. Juni anhand von mehr Daten und aktualisierten Prognosen neu bewerten. Wir rechnen damit, dass sich der Iran-Konflikt bis dahin weiter beruhigt und die Energiepreise weiter sinken werden, sodass ein Eingreifen der EZB nicht mehr nötig sein wird.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



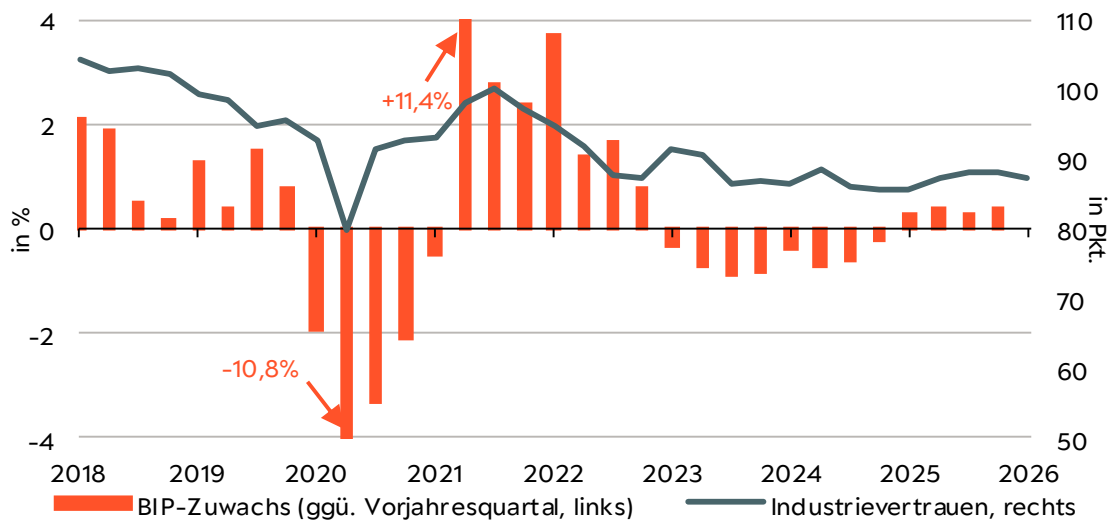
Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Deutschland

Stimmung in der deutschen Wirtschaft trübt sich deutlich ein

- Der Iran-Krieg und die damit einhergehenden Energiepreiserhöhungen lassen die Stimmung in der deutschen Wirtschaft einbrechen. Der ifo-Index fiel im April mit 84,4 Punkten auf den niedrigsten Stand seit Mai 2020, als die Corona-Pandemie in vollem Gang war. Insbesondere die Erwartungen der Unternehmen trübten sich ein, aber auch die aktuelle Lage wurde so schlecht wie seit Februar 2025 nicht mehr eingeschätzt.
- Der Energiepreisschock hat Deutschland in die Stagflation abgleiten lassen. Die von der Bundesregierung veröffentlichte BIP-Wachstumsprognose für dieses Jahr von 0,5 % erscheint mittlerweile optimistisch. Eine Erholung im Jahresverlauf ist möglich – aber nur, wenn sich der Konflikt im Mittleren Osten zeitnah entschärft und die Straße von Hormus wieder passierbar wird.

Deutsches BIP und ifo-Geschäftsklima

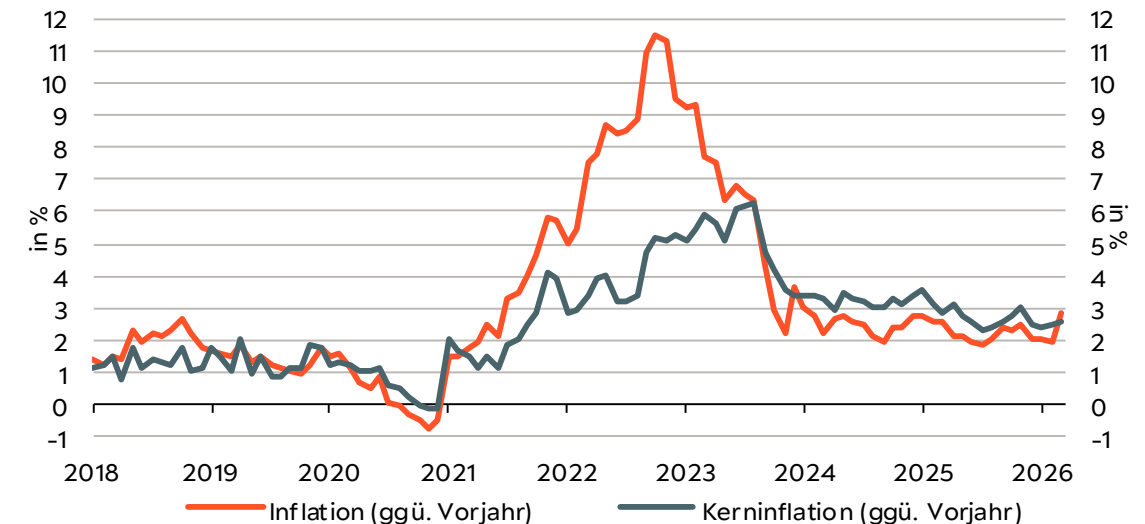


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Iran-Krieg wird sich nicht nur an der Tankstelle bemerkbar machen

- Die gestiegenen Energiepreise haben die harmonisierte Inflationsrate in Deutschland im März von 2,0 auf 2,8 % ansteigen lassen. Die Kernrate, die Energie- und Lebensmittelpreise ausklammert, blieb hingegen bei 2,5 % stabil.
- Neben den Benzinpreisen wird sich der Iran-Krieg auch in weiteren Waren bemerkbar machen. Hierzu zählen Produkte, die sehr energieintensiv produziert werden oder bei deren Herstellung Gas oder Öl als Ausgangsstoff genutzt wird. Hinzu kommt eine Düngerknappheit, die zu steigenden Lebensmittelpreisen führen könnte. Die Gaspreise für Kunden werden hingegen aufgrund der länger laufenden Verträge erst mit Verzögerung steigen. Die Inflationsrate wird durch die Maßnahmen der Bundesregierung in den kommenden Monaten voraussichtlich aber etwas gedämpft werden.

Deutschland harmonisierte Inflation (ggü. Vorjahr)



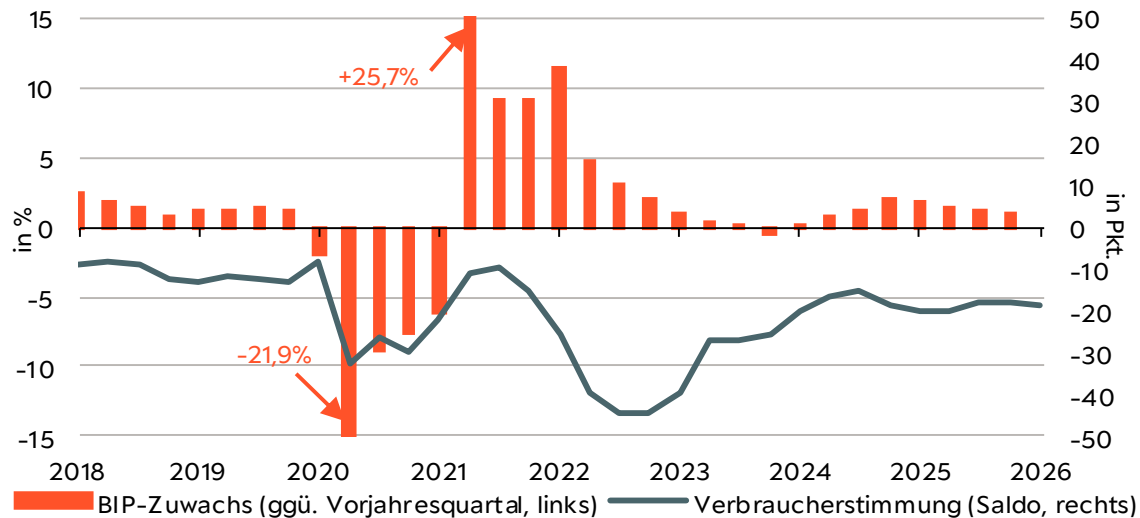
Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Großbritannien

Iran-Krieg belastet Wachstum und Handlungsspielraum der BoE

- Zwar hatten die Stimmungsindikatoren auf einen guten Jahresstart für die britische Wirtschaft hingedeutet, doch der Iran-Krieg belastet inzwischen auch die Stimmung auf der Insel deutlich. Für das zweite und dritte Quartal erwarten wir nur noch ein minimales Wachstum.
- Der Inflationsschock wird zudem weitere Zinssenkungen der Bank of England (BoE) weiter nach hinten verschieben. Das spricht einer zeitnahen Erholung der Konjunktur zusätzlich entgegen. Der Arbeitsmarkt ist hingegen so schwach, dass die steigende Inflation voraussichtlich nicht zu deutlichen Lohnsteigerungen führen wird. Der Reallohnverlust der Verbraucher wird den Konsum belasten. Aus Sicht der BoE verringert dies hingegen die Risiken für eine Lohn-Preisspirale.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)

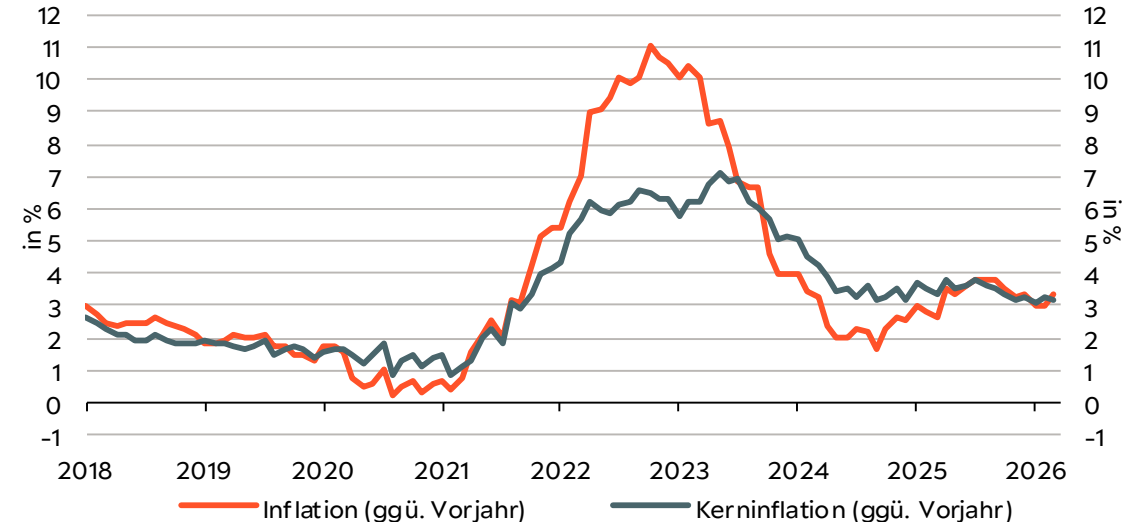


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Warten auf den energiepreisgetriebenen Inflationsschock

- Die Inflation ist in Großbritannien im März von 3,0 auf 3,3 % im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dieser Anstieg ist jedoch allein auf die steigenden Treibstoffpreise zurückzuführen. Die Kerninflation, die die Energie- und Nahrungsmittelpreise ausklammert, sank dagegen von 3,2 auf 3,1 %. Wir bezweifeln, dass die Inflation noch lange über 3 % liegen wird. Obwohl die Benzinpreise im April weiter gestiegen sind, dürfte der daraus resultierende Aufwärtsdruck auf die Gesamtinflationsrate durch staatliche Interventionen und günstige Basiseffekte mehr als ausgeglichen werden.
- Voraussichtlich wird der nächste Zinsschritt nach unten erfolgen, aber erst, wenn der Inflationsdruck wieder deutlich nachgelassen hat. Wir rechnen mit der nächsten Zinssenkung zum Jahresende, gefolgt von zwei weiteren im ersten Halbjahr 2027, sodass der Leitzins dann bei 3,0 % liegen wird.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



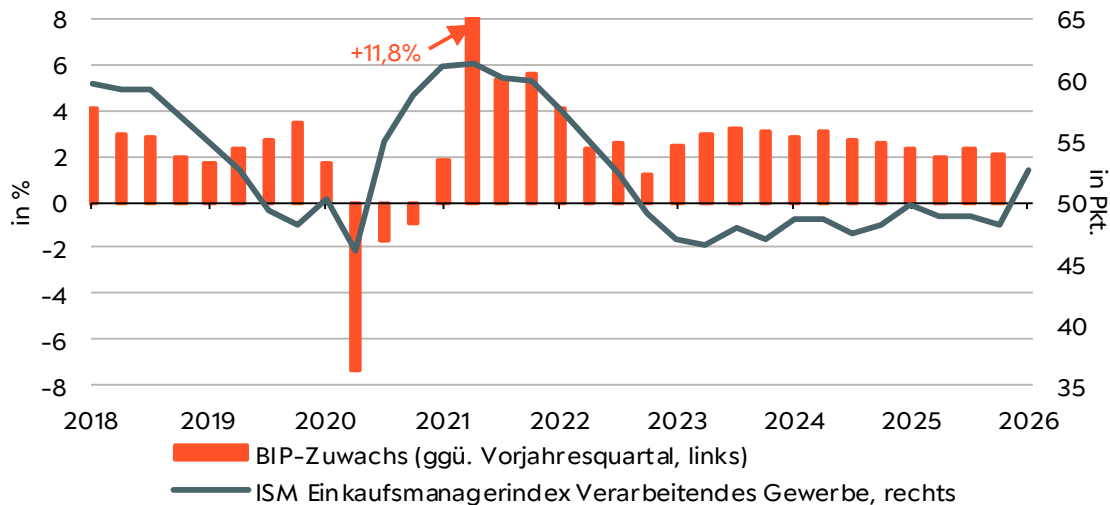
Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

USA

Druck auf Trump den Krieg zu beenden, nimmt zu

- Die USA sind Netto-Öl- und Gasexporteure. Die steigenden Energiepreise treffen die US-Wirtschaft daher wesentlich weniger hart als beispielsweise die Eurozone. Während die Energieexporteure in den USA profitieren, müssen die Verbraucher aber auch dort mittlerweile für Treibstoff deutlich höhere Preise bezahlen.
- Für Präsident Trump kommt dies zu einer ungünstigen Zeit, da er in den Umfragen weiterhin schlecht abschneidet und die Wähler bereits vor Ausbruch des Krieges frustriert über die hohe Inflation waren. Trump wird vor den Zwischenwahlen am 3. November einen weiteren Inflationsanstieg vermeiden wollen. Wir gehen daher davon aus, dass die USA versuchen wird, die Verhandlungen mit dem Iran fortzusetzen und den Konflikt möglichst zeitnah beizulegen. Hierzu muss aber auch der Iran bereit sein und dieser spielt derzeit weiterhin auf Zeit.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex

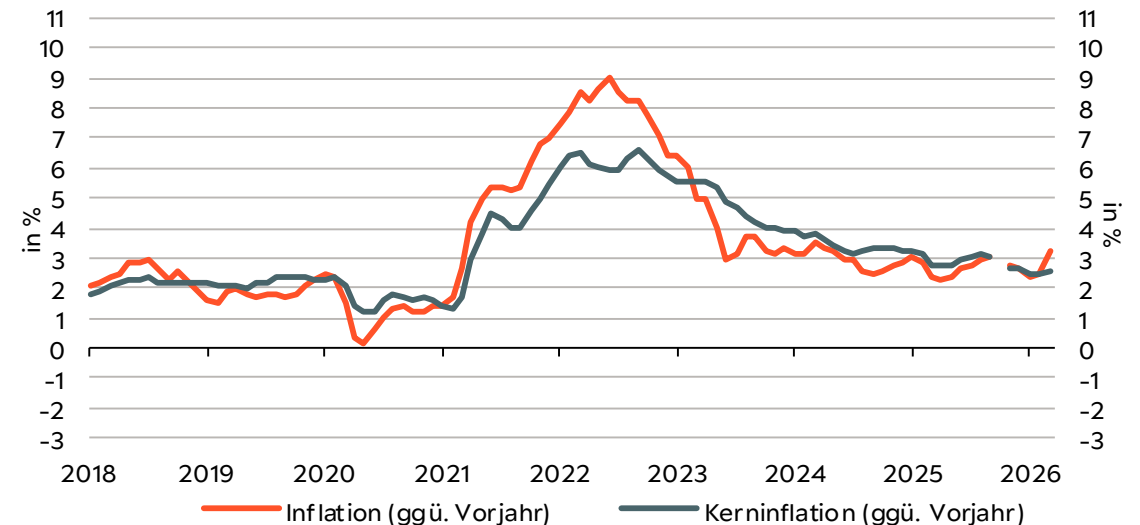


Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Inflation steigt bereits vor Energiepreisschock weiter an

- Die US-Inflationsrate ist im März von 2,4 auf 3,3 % gestiegen und damit auf den höchsten Stand seit zwei Jahren. Die Treibstoffpreise lagen 21 % über dem Vormonat. Eine Entwicklung, die die Beliebtheit des Präsidenten noch weiter absinken lassen wird. Auch die Zölle halten den Inflationsdruck hoch, sodass auch die Kerninflation, die Energie- und Lebensmittelpreise ausklammert, leicht von 2,5 auf 2,6 % anstieg.
- Der Spielraum für weitere Leitzinssenkungen der Fed ist daher sehr begrenzt. Wir rechnen für den Juni noch mit einer letzten Leitzinssenkung der Fed um um 25 Basispunkte auf dann 3,25 bis 3,5 %. Sollten die Energiepreise jedoch länger auf dem aktuellen Niveau bleiben, könnte der Zinsschritt später erfolgen.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



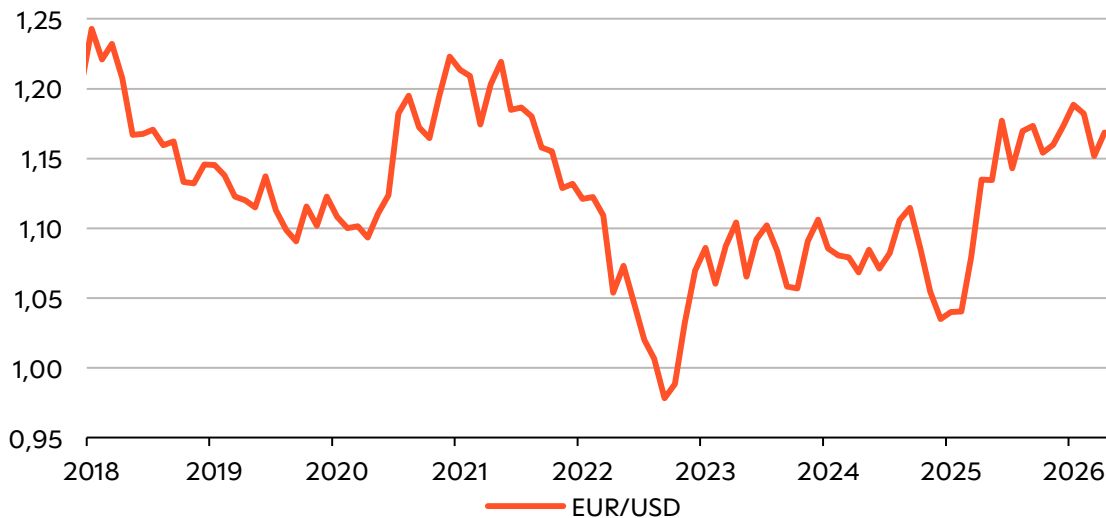
Zeitraum: 01/2018 – 03/2026

Marktentwicklung

Euro/Dollar schwingt mit den Kriegsentwicklungen

- Steigende Energiepreise schaden der Eurozone weitaus mehr als den USA. Während die USA Nettoenergieexporteure sind, ist die Eurozone und stark von Energieeinfuhren abhängig. Darüber hinaus profitiert der Dollar von seinem Status als sichere Hafenwahrung in Zeiten der Unsicherheit. Infolgedessen legte der Dollar in den ersten Tagen der Eskalation gegenüber dem Euro zu und konnte seine Stärke danach lange verteidigen.
- Immer wenn der Iran-Konflikt weiter zu eskalieren droht, legt der Greenback zu. Sobald es im Iran-Konflikt hingegen nach einer gewissen Deeskalation aussieht, kann der Euro gegenüber dem Dollar wieder etwas aufwerten. Die Hoffnung auf eine Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran hat den Euro-Wechselkurs zuletzt wieder in Richtung 1,17 bewegt.

Wechselkurs EUR/USD

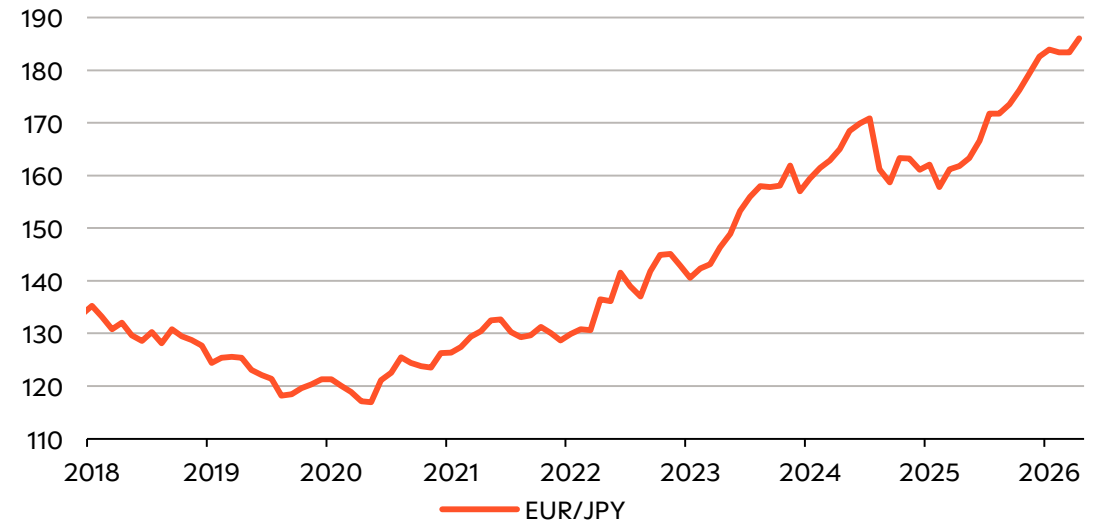


Zeitraum: 01/2018 – 04/2026

Druck auf die BoJ sich zu bewegen steigt

- Die Inflationsrate in Japan ist im März auf 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die steigenden Energiepreise aufgrund des Iran-Krieges sowie der schwache Yen, der die Importe verteuert, werden die Teuerungsrate in den kommenden Monaten weiter anziehen lassen.
- Bei ihrer Sitzung am 28. April wird die Bank of Japan (BoJ) den Leitzins voraussichtlich noch einmal unverändert bei 0,75 % belassen. Bei der übernächsten Sitzung am 16. Juni könnte dann jedoch die nächste Leitzinsanhebung anstehen, was dem seit Jahren schwächelnden Yen etwas Auftrieb geben könnte. Der Effekt wird jedoch überschaubar sein, denn inzwischen haben auch viele andere Zentralbanken damit begonnen, die Zinsen wieder anzuheben.

Wechselkurs EUR/JPY



Zeitraum: 01/2018 – 04/2026

Kapitalmarktprognosen

			Aktuell	Prognose	
			27.04.2026	30.06.2026	31.12.2026
Aktienmärkte	USA	S&P 500	7.154	7.250	7.400
	Europa	DAX	24.173	25.500	26.000
		EURO STOXX 50	5.881	5.900	6.100
		MSCI Großbritannien	2.967	2.950	3.000
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	3,50-3,75	3,25-3,50	3,25-3,50
		10 Jahre	4,32	4,30	4,60
	Euroland	Einlagesatz	2,00	2,00	2,00
		10 Jahre*	3,02	2,90	3,00
	Großbritannien	Bank Rate	3,75	3,75	3,50
		10 Jahre	4,93	4,45	4,30
Währungen	USA	EUR/USD	1,17	1,19	1,22
	Schweiz	EUR/CHF	0,92	0,93	0,93
	Großbritannien	EUR/GBP	0,87	0,88	0,89
	Japan	EUR/JPY	187	177	176

Wirtschaftliches Umfeld

	Anteil	BIP				Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
		2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2028
Welt*	100,0	2,6	2,3	2,3	2,3												
USA	26,4	2,1	1,8	1,4	1,4	2,7	3,4	2,6	2,7	4,3	4,3	4,1	4,0	-5,8	-6,3	-6,5	-6,5
China	16,9	5,0	4,3	4,0	4,0	0,1	1,4	1,3	1,6	5,1	5,0	5,0	5,0	-8,6	-8,5	-8,4	-8,3
Japan	3,6	1,2	0,6	1,0	1,0	3,2	2,1	1,7	1,8	2,5	2,6	2,6	2,6	-3,5	-3,3	-2,8	-2,4
Indien	3,5	6,5	6,5	6,2	6,0									-4,4	-4,3	-4,2	-4,1
Lateinamerika	6,1	2,5	2,4	2,3	2,2									-4,0	-3,8	-3,6	-3,3
Europa	24,5	1,5	1,0	1,5	1,5												
Eurozone	14,8	1,5	0,8	1,4	1,5	2,1	2,7	2,0	2,4	6,3	6,2	6,0	5,8	-3,1	-3,7	-3,3	-2,6
Deutschland	4,2	0,4	0,4	1,3	1,4	2,3	2,9	2,1	2,4	3,7	4,0	3,7	3,5	-2,7	-3,3	-3,3	-3,1
Frankreich	2,8	0,9	0,8	1,2	1,2	0,9	2,1	1,8	2,1	7,7	7,8	7,6	7,5	-5,1	-5,3	-4,8	-4,4
Italien	2,1	0,7	0,4	0,7	0,8	1,6	2,1	2,1	2,3	6,1	5,3	5,2	5,1	-3,1	-3,0	-2,5	-2,3
Spanien	1,6	2,8	2,1	2,3	2,5	2,7	3,2	2,3	2,5	10,5	9,7	9,2	8,8	-3,2	-2,9	-2,5	-2,4
Portugal	0,3	1,9	1,9	2,0	2,1	2,2	2,8	2,1	2,4	6,0	5,8	5,7	5,6	0,5	-0,2	0,0	-0,7
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,3	1,4	0,6	1,5	1,8	3,4	2,9	1,9	1,9	4,9	5,6	5,4	4,8	-5,1	-4,0	-3,5	-3,0
Schweiz	0,8	1,2	1,0	1,4	1,5	0,3	1,5	0,9	1,1	2,9	2,9	2,8	2,7	0,4	0,3	0,2	0,2
Schweden	0,5	1,4	1,3	1,9	2,0	0,8	2,0	1,5	2,0	8,7	8,4	7,8	7,5	-1,6	-1,8	-1,4	-1,2
Osteuropa																	
Russland	2,0	0,8	0,5	0,4	0,0	9,0	8,0	6,0	5,0	2,4	2,8	3,0	3,0	-2,7	-3,0	-2,5	-2,0
Türkei	1,2	3,5	3,1	3,0	2,8	35,0	33,0	22,0	18,0	8,4	8,5	8,5	8,5	-3,0	-3,5	-3,5	-3,5

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

*Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

11 Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2025

